



## **Rechtsausschuss**

## **NEUDRUCK**

### **39. Sitzung (öffentlich)**

10. Dezember 2014

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 16:40 Uhr

Vorsitz: Dr. Robert Orth (FDP)

Protokoll: Stefanie Lang

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

	<b>Zur Tagesordnung</b>	<b>7</b>
<b>1</b>	<b>Cannabis legalisieren – Drogenpolitik neu ausrichten</b>	<b>9</b>
	Antrag der Fraktion der PIRATEN Drucksache 16/5478 – Zuziehung von Sachverständigen	

Organisationen/Verbände	Sachverständige	Stellungnahmen	Seiten
	Prof. Dr. iur. Lorenz Böllinger, Em. Prof. f. Strafrecht und Kriminologie, App. Psychotherapeut/Psychoanalytiker (DPV/IPA), Forensicher Psychologe	16/2289 16/2423	9, 35
Juristische Fakultät der Georg-August-Universität Göttingen, Institut für Kriminalwissenschaften, Abteilung für strafrechtliches Medizin- und Biorecht	Prof. Dr. iur. Gunnar Duttge		11, 33
Staatsanwaltschaft Aachen	LOStA Helmut Hammer-schlag	16/2422	13, 31, 39
Staatsanwaltschaft Wuppertal	OStAin Barbara Mayr		15, 29, 39
	RiA Edwin Pütz, Vollzugsleiter der Jugendarrestanstalt Düsseldorf		17, 27, 40
Deutsche Polizeigewerkschaft, Landesverband NRW	Erich Rettinghaus, Landesvorsitzender	16/2389	19, 25

Weitere Stellungnahmen	
Wolfgang Neskovic, Richter am Bundesgerichtshof a. D.	16/2365

**2 Gesetz zur Regelung des Vollzuges der Freiheitsstrafe und zur Änderung des Jugendstrafvollzugsgesetzes in Nordrhein-Westfalen 41**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 16/5413

In Verbindung mit:

**Gesetz zur Regelung des Strafvollzuges in Nordrhein-Westfalen  
(Strafvollzugsgesetz Nordrhein-Westfalen – StVollzG NRW)**

Gesetzentwurf  
der Fraktion der CDU  
Drucksache 16/4155  
APr 16/594

– abschließende Beratung und Abstimmung

Der Gesetzentwurf der CDU-Fraktion Drucksache 16/4155 wird mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, der FDP und der Piratenfraktion gegen die Stimmen der CDU abgelehnt.

Der Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/5413 wird mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der CDU und der FDP bei Stimmenthaltung der Piratenfraktion angenommen.

**3 Gesetz zur Änderung des Polizeigesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen (Meldeauflagen als polizeiliche Standardmaßnahme) 42**

Gesetzentwurf  
der Fraktion der CDU  
Drucksache 16/5038

In Verbindung mit:

**Fußball vor Gewalt schützen – Straftäter endlich wirksam ausschließen**

Antrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 16/4820

Entschließungsantrag  
der Fraktion der PIRATEN  
Drucksache 16/4896

APr 16/655

Der Gesetzentwurf der CDU-Fraktion Drucksache 17/5038 wird mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der Piratenfraktion gegen die Stimmen der CDU bei Stimmenthaltung der FDP abgelehnt.

Der Antrag der FDP-Fraktion Drucksache 16/4820 wird mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der Piratenfraktion gegen die Stimmen der FDP bei Stimmenthaltung der CDU abgelehnt.

Der Entschließungsantrag der Fraktion der Piraten Drucksache 16/4896 wird mit den Stimmen von SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und der FDP gegen die Stimmen der Piratenfraktion abgelehnt.

- 4 Bericht über den Stand der Umsetzung des elektronischen Rechtsverkehrs (ERV)** (Bericht der Landesregierung beantragt von der CDU-Fraktion, siehe Anlage) **44**  
Vorlage 16/2523
- 5 Zentral-Gericht für Hooligans?** (Bericht der Landesregierung beantragt von der FDP-Fraktion, siehe Anlage) **47**  
Vorlage 16/2517
- 6 Wie schützt die Landesregierung die Grundrechte der Bürger vor der PKW-Maut?** (Bericht der Landesregierung beantragt von der FDP-Fraktion, siehe Anlage) **49**  
Vorlage 16/2518
- 7 Bericht der Vollzugskommission des Rechtsausschusses des Landtags Nordrhein-Westfalen über die Ergebnisse ihrer Besuche in Vollzugseinrichtungen  
Jahresbericht 2013/2014** **50**  
Bericht des Vorsitzenden der Vollzugskommission  
Vorlage 16/2504  
In Verbindung mit:

**Informationsreise der Vollzugskommission des Rechtsausschusses  
in die Penitentiare Inrichting (PI) Limburg Zuid (Sittard/Niederlande)  
am 25.08.2014**

Bericht des Vorsitzenden der Vollzugskommission  
Vorlage 16/2249

**8    Verschiedenes**

**54**



## Aus der Diskussion

### Zur Tagesordnung

**Dietmar Schulz (PIRATEN)** spricht TOP 2 und die letzte Sitzung des Rechtsausschusses an. In Bezug auf das Abschiebungshaftvollzugsgesetz bzw. entsprechende Artikeländerungen zu den Strafvollzugsgesetzen sei besprochen worden, dass in den Plenarsitzungen des Monats Dezember keine zweite Lesung stattfinden solle. Der Ältestenrat habe heute die Tagesordnung diesbezüglich geändert.

Diese Vorgehensweise sei mit Herrn Minister Kutschaty diskutiert und mit den Obleuten vereinbart worden, da auch hinsichtlich der bundesgesetzlichen Regelungen keine Eile geboten sei.

Vor diesem Hintergrund hätten die Piraten, die SPD und die Grünen weitere Abstimmungen „geschoben“. Er bitte daher darum, Punkt 2 der Tagesordnung zu schieben.

**Vorsitzender Dr. Robert Orth** ruft die Verständigung in der letzten Rechtsausschusssitzung ins Gedächtnis, wonach die abschließende Beratung heute erfolge. Das weitere Verfahren obliege dann dem Plenum.

Auf die möglichen Risiken durch „Aufbohrung“ durch ein Artikelgesetz und Hinzufügungen sei hingewiesen worden. Eine Hinzufügung sei jedoch nicht erfolgt; es finde eine separate Behandlung des Komplexes „Abschiebehaft“ statt.

Das Strafvollzugsgesetz wiederum schein ihm hinreichend diskutiert. Das Gesetzgebungsverfahren dürfe nicht wegen Punkten, die gar nicht im Zusammenhang mit der Materie „Strafvollzugsbedienstete“ und „Inhaftierte“ ständen, angehalten werden.

**Dirk Wedel (FDP)** erinnert an den Verweis auf das Bundesstrafvollzugsgesetz durch § 422 FamFG. Träte das Landesstrafvollzugsgesetz vor dem Abschiebehaftvollzugsgesetz in Kraft, würde es das Bundesstrafvollzugsgesetz zunächst ersetzen. Lief die Verweisung dann ins Leere oder würde auf ein in NRW nicht mehr geltendes Strafvollzugsgesetz verwiesen?

**Dagmar Hanses (GRÜNE)** hält eine Klärung noch offener Fragen bis zur Plenarsitzung für realisierbar. Einer inhaltlichen Beratung des Strafvollzugsgesetzes heute im Ausschuss stehe von daher nichts im Wege. Der Piratenfraktion blieben immer noch sämtliche Optionen: Sie könne mit Stimmenthaltung oder Ablehnung votieren sowie Änderungsanträge einbringen. Unter Umständen lasse sich auch ein Konsens herbeiführen, denn in vielen Punkten bestehe Übereinstimmung.

**Dietmar Schulz (PIRATEN)** stimmt zu, dass sich bis zur zweiten Lesung des Strafvollzugsgesetzes NRW und des Jugendstrafvollzugsgesetzes weitere Gespräche führen und Änderungsanträge einbringen ließen. Allerdings würde damit die ab-



**2 Gesetz zur Regelung des Vollzuges der Freiheitsstrafe und zur Änderung des Jugendstrafvollzugsgesetzes in Nordrhein-Westfalen**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 16/5413

In Verbindung mit:

**Gesetz zur Regelung des Strafvollzuges in Nordrhein-Westfalen (Strafvollzugsgesetz Nordrhein-Westfalen – StVollzG NRW)**

Gesetzentwurf  
der Fraktion der CDU  
Drucksache 16/4155

APr 16/594

– abschließende Beratung und Abstimmung

**Vorsitzender Dr. Robert Orth** erinnert an die mehrfache Befassung des Ausschusses mit den Gesetzentwürfen und die heutige Vereinbarung der abschließenden Beratung. Die Abstimmung erfolge auf Basis der beiden Gesetzentwürfe, da keine Änderungsanträge vorlägen.

**Dietmar Schulz (PIRATEN)** wendet ein, über die vorherige Bitte auf Vertagung dieses Tagesordnungspunktes sei nicht abgestimmt worden. Wenn es eines förmlichen Antrags bedürfe, werde dieser hiermit gestellt.

**Vorsitzender Dr. Robert Orth** verweist auf die Redebeiträge zu den Anmerkungen des Abgeordneten Schulz zu Beginn der Sitzung. Gegen die Feststellung, es sei kein Antrag auf Änderung der Tagesordnung eingebracht worden, habe sich kein Widerspruch erhoben. Eine Abstimmung sei somit nicht notwendig. Die Mehrheit des Ausschusses spreche sich offensichtlich nicht dagegen aus, zu votieren. – Weitere Wortmeldungen lägen jetzt nicht vor.

Der Gesetzentwurf der CDU-Fraktion Drucksache 16/4155 wird mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, der FDP und der Piratenfraktion gegen die Stimmen der CDU abgelehnt.

Der Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/5413 wird mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der CDU und der FDP bei Stimmenthaltung der Piratenfraktion angenommen.

